

219

SOZIAL-ÖKOLOGISCHE BEWEGUNGEN IM SPANNUNGSFELD VON STAAT UND DEMOKRATIE

Carla Noever Castelos
Wie kommt das Neue in die Welt?

Silpa Satheesh
Kapitalismus und Natur

Leon Wörmann
Das Klima und der Staat

Lea Frerichs
Klimaklagen in Zeiten des Umbruchs

Johannes Siegmund
Preppen for Future?

Einsprüche

Caesar Anderegg • Leon Switala
Klimabewegung ohne Klasse?

Marius Bickhardt
Kritik der Demografiekritik

Initiative Demokratische Arbeitszeitrechnung
Eine politische Ökonomie des Sozialismus

Jenseits des Schwerpunkts

Nikolai Huke
Der Rechtsstaat als unabgeschlossenes Projekt

Aram Ziai
**Mediale Konflikte um postkoloniale Studien und
Antisemitismus in Deutschland**

PROKLA 219

Sozial-ökologische Bewegungen im Spannungsfeld von Staat und Demokratie

Sarah Beyer • Melissa Büttner • Rubén Kaiser • Anke Klaever • Dorothea Schmidt • Alexandra Tost • Markus Wissen Editorial	244
Carla Noever Castelos Wie kommt das Neue in die Welt? Zur Präfiguration einer post-extraktivistischen Zukunft	255
Silpa Satheesh Kapitalismus und Natur Konflikte zwischen Gewerkschaften und Umweltbewegung im indischen Kerala	275
Leon Wörmann Das Klima und der Staat Staatsverständnisse in der deutschen Klimagerechtigkeitsbewegung	295
Lea Frerichs Klimaklagen in Zeiten des Umbruchs Mediales Framing von Verantwortung und Schuld in der Klimakrise	315
Johannes Siegmund Preppen for Future? Solidarische Kollapspolitiken in der Klimakrise	337

Einsprüche

Caesar Anderegg • Leon Switala Klimabewegung ohne Klasse? Über die Krise der Ereignispolitik und den Ausweg einer ökologischen Klassenpolitik	359
Marius Bickhardt Kritik der Demografiekritik Bevölkerungstheorie nach Marx und Malthus	375
Initiative Demokratische Arbeitszeitrechnung Eine politische Ökonomie des Sozialismus Demokratische Planwirtschaft im Lichte der Arbeitszeitrechnung	391

Jenseits des Schwerpunkts

Nikolai Huke Der Rechtsstaat als unabgeschlossenes Projekt	403
Aram Ziai Mediale Konflikte um postkoloniale Studien und Antisemitismus in Deutschland	421

Caesar Anderegg • Leon Switala*

Klimabewegung ohne Klasse?

Über die Krise der Ereignispolitik und den Ausweg einer ökologischen Klassenpolitik

Zusammenfassung: In diesem Artikel argumentieren wir, dass dominante Akteure der deutschsprachigen Klimabewegung eine Strategie der Ereignispolitik verfolgen, die die herrschenden Verhältnisse nicht hinreichend adressieren kann. In einem ersten Schritt veranschaulichen wir, dass die Strategie der Ereignispolitik sich unkritisch auf den Staat bezieht, Arbeit und Klasse ausspart, daher kaum materielle Macht aufbauen kann und auch auf dem ideologischen Terrain fehlschlägt. In einem zweiten Schritt argumentieren wir, dass eine Strategie der ökologischen Klassenpolitik das Potenzial hat, Staat und Kapital ideologisch und materiell etwas entgegenzusetzen, und diskutieren ihre Probleme.

Schlagwörter: Arbeit, Ereignispolitik, Klimabewegung, ökosozialistische Strategie, sozial-ökologische Transformation

Climate Movement without Class?

On the Crisis of Event Politics and the Way Out of an Ecological Class Politics

Abstract: In this article, we argue that dominant actors in the German-speaking climate movement are pursuing a strategy of event-politics that cannot adequately address the prevailing conditions. In a first step, we show that the strategy of event-politics refers uncritically to the state, omits labour and class, can therefore hardly build material power and also fails on the ideological terrain. In a second step, we argue that a strategy of ecological class politics has the potential to oppose the state and capital ideologically and materially and discuss its problems.

Keywords: Climate Movement, Event Politics, Eco-Socialist Strategy, Socio-Ecological Transformation, Work

* **Caesar Anderegg**  Politikwissenschaftler aus Wien und Zürich und forscht gegenwärtig zu Kapitalismus und Ökologie, sozial-ökologischen Transformationskonflikten und -allianzen sowie ökologischer Klassenpolitik und Ökosozialismus. | **Leon Switala** ist Politikwissenschaftler und promoviert am Lehrstuhl für Internationale Politik der Universität Wien, er forscht zu marxistischer Gesellschaftstheorie und den autoritären Tendenzen des Kapitalismus in der ökologischen Krise.

Die eskalierende ökologische Krise hat bisher noch nicht dazu geführt, dass sich eine von vielen prognostizierte organische Krise des fossilen Kapitalismus abzeichnet. Außerdem steckt die Klimabewegung im deutschsprachigen Raum in einer veritablen Krise. Auch weil es die dominanten Akteure der Klimabewegung bisher nicht geschafft haben, ihre Systemkritik in eine kohärente Praxis zu übersetzen. Ihre prominentesten Akteure wie Fridays for Future, die Letzte Generation oder Ende Gelände verfolgen immer noch primär eine Strategie der Ereignispolitik (Anderegg/Switala 2023). Wir zeigen in diesem Einspruch, dass mit dieser Politikform vor allem auf symbolische Macht gesetzt wird: Durch symbolische Aktionen wird versucht, mediale Aufmerksamkeit zu generieren, die Zivilgesellschaft zu mobilisieren und so Druck auf politische Entscheidungsträger*innen auszuüben. Das ignoriert die Konstitution des herrschenden Kapitalismus, vor allem seine materielle Dimension, wie wir als erstes darlegen. Nach einer Rekonstruktion und Kritik der Ereignispolitik zeigen wir abschließend, dass eine Strategie der ökologischen Klassenpolitik es ermöglicht, materielle Macht auf- und ideologische Beharrungskräfte abzubauen, um so Druck auf die herrschenden Verhältnisse auszuüben und letztlich einen radikalen Wandel einzuleiten.

Ereignispolitik: Leerstellen einer Strategie der Klimabewegung

Der Kapitalismus bleibt trotz ökologischer Krise vorerst unangefochten he-

gemonial (Brand/Wissen 2024). Seine materiellen und ideologischen Beharrungskräfte erschweren es Akteuren mit einer emanzipatorischen Perspektive, an Einfluss zu gewinnen. In den kapitalistischen Zentren bleibt die Abhängigkeit von Lohnarbeit unangetastet, während der gesellschaftliche Stoffwechsel unvermindert kapitalistischen Steigerungsimperativen unterworfen ist. Von Staatsseite und im Alltagsverstand wird die imperiale Produktions- und Lebensweise ungebrochen vorangetrieben.

Da sich die Kräfteverhältnisse in den letzten Jahren nochmals stark zu Ungunsten progressiver Kräfte entwickelt haben, ist von den herrschenden Klassen keine Umweltpolitik zu erwarten, die der Krise nur ansatzweise gerecht werden würde. Deshalb ist die Frage nach dem emanzipatorischen Subjekt in der ökologischen Krise umso dringlicher. Aber wer kann radikale Veränderungen durchsetzen? Hier verweisen Theoretiker*innen auf die Akteure der Klimabewegung (vgl. Dörre u.a. 2024). Diese wurden durch die Coronapandemie jedoch ausgebremst und befindet sich seither in einer Krise und strategischen Suchbewegung. Unsere These ist, dass ihre gegenwärtig dominante Politikform, die wir als Ereignispolitik begreifen, keine hinreichenden Antworten auf die ökologische Krise geben kann, weil die verursachenden Herrschaftsverhältnisse nicht konsequent adressiert werden. Um das darzulegen, untersuchen wir die Klimabewegungen im deutschsprachigen Raum und

fokussieren uns dabei auf die größten und wichtigsten Akteure. Diese clustern wir heuristisch in zwei Akteursgruppen. Das ermöglicht die Komplexität zu reduzieren und auf die entscheidenden Variablen scharf zu stellen.¹ Als erste Akteursgruppe bestimmen wir linksliberale Akteure: Dazu zählen wir Klimabewegungen wie Fridays for Future (FFF) aus Deutschland und Österreich, Klimastreik Schweiz (KS), Extinction Rebellion (XR), Letzte Generation (LG) und Act Now!. Die zweite Akteursgruppe bilden die linksradikalen Gruppen. Diese setzt sich aus Gruppen wie dem Collective Climate Justice Switzerland (CCJ), Ende Gelände (EG) und Bündnissen wie *Sand im Getriebe*, *Disrupt* und *Tesla den Hahn abdrehen* zusammen.² Unsere These ist, dass beiden Akteursgruppen trotz ideologischer Differenzen in der Praxis einer Strategie der Ereignispolitik folgen und darin ihre gemeinsame entscheidende Schwäche liegt.

1 Wir sind uns bewusst, dass sich die Klimabewegung aus vielen unterschiedlichen Akteuren zusammensetzt, die sich auf einem Kontinuum von grün-liberal bis revolutionär-ökomarxistisch befinden. Auch lässt unsere Analyse die Heterogenität zwischen und innerhalb von Bewegungen wie auch deren dynamische Veränderungen über die Zeit unterbelichtet. Da es sich hier um einen theoretisch-konzeptionellen Beitrag in beschränktem Umfang handelt, müssen wir auf eine vertiefte empirische Analyse verzichten.

2 Besetzungen von Naturflächen verstehen wir aufgrund ihrer Dauerhaftigkeit und Materialität nicht als Ereignispolitik. Daher besprechen wir etwa *Hambi bleibt!*, die *Zone à Défendre* in der Schweiz oder *Lobau bleibt!* in Wien in diesem Artikel nicht.

Ein wesentlicher Unterschied zwischen ihnen zeigt sich vor allem ideologisch, also daran, wie sie die ökologische Krise framen.³ Linksliberale Akteure streben die Bearbeitung der ökologischen Krise innerhalb der herrschenden Verhältnisse und durch die bestehenden politischen Institutionen an. Alle Akteure richten sich affirmativ an die liberale Demokratie und fordern, dass »Regierungen ihre Versprechen einhalten« (FFF DE 2025; vgl. Moor u.a. 2021: 622). Auch zeigt sich ein technokratisches Demokratieverständnis bei FFF, KS, XR und LG. Sie sind überzeugt, dass wissenschaftliche Aufklärung und »Rohdaten statt Propaganda« Gesellschaft und Politik zu den nötigen Maßnahmen bewegen (vgl. Semsrott 2019: 109; KS 2025). In Sachen Ökonomie und Technik neigen die Akteure zu ökomodernistischen und konsumzentrierten Lösungen (vgl. Buzogány/Scherhauser 2023: 363ff.). Das in diesen Bewegungen vorherrschende, liberale Gesellschaftsverständnis führt auch zu einer unbestimmten *theory of change*. Paradigmatisch dafür steht einerseits das »Wir«, das sich entweder auf den Kollektivsingular der Menschheit im Anthropozän oder auf die junge Generation bezieht, die ein »Recht auf Zukunft hat« (Malm/Hornborg 2014;

3 Framing bedeutet, »Wirklichkeit auf eine bestimmte Weise [zu] interpretieren [...], um ein soziales Phänomen als Problem zu deuten, mögliche Lösungen zu konstruieren und UnterstützerInnen zu mobilisieren« (Sander 2016: 407).

vgl. FFF DE 2025).⁴ Andererseits zeigt sich die strategische Unbestimmtheit in der »Systemwandelklausel« von KS und FFF Österreich (KS 2025): »Falls diesen Forderungen im aktuellen System nicht nachgekommen werden kann, braucht es einen Systemwandel.« (FFF AUT 2025) Wie der Wandel, ein alternatives System, der Entscheidungszeitpunkt und das politische Subjekt aussehen sollen, bleibt dabei weitgehend offen.

Bei linksradikalen Akteuren wird hingegen eine Bearbeitung der Krise im Kapitalismus ausgeschlossen. Gruppen wie CCJ, EG und Bündnisse wie Disrupt adressieren den Kapitalismus als ein System kolonialer, rassistischer und patriarchaler Ausbeutung sowie fossiler Produktion, das es zu überwinden gilt (vgl. Sander 2017: 33). Linksradikale Klimagruppen sehen liberal-demokratische Institutionen als Teil des Problems und setzen keine Hoffnung in sie: »Klimagerechtigkeit ist weder von den Mächtigen in Wirtschaft und Politik noch durch technologische Neuerungen zu erwarten« (CCJ 2022). In Bezug auf ihre Strategie bleiben sie vage, eine *theory of change* ist meist nicht zu erkennen. In ihren Selbstverständnissen schreiben diese Akteure, sie werden sich »massenhaft und vielfältig der neokolonialen Ausbeutung von Mensch und Umwelt in den Weg stellen«, deren

Handeln anprangern und stören (Disrupt 2025; vgl. CCJ 2022). In temporären Aktionscamps soll die von Herrschaft befreite Gesellschaft von morgen praktisch erprobt werden.

Da eine Strategie an der Praxis gemessen werden sollte, ist die Frage entscheidend, wie die beiden Akteursgruppen ihre Weltsicht praktisch umsetzen. Die Praxis linksliberaler und -radikaler Akteure variiert vor allem im Grad des zivilen Ungehorsams, das heißt, wie sehr sich der »für den demokratischen Rechtsstaat wesentliche Unterschied zwischen Legalität und Legitimität [...] verwischt« (Celikates 2022: 10). Linksliberale Akteure praktizieren einen liberalen zivilen Ungehorsam: Bei Schulstreiks und Straßenblockaden werden höchstens einzelne Gesetze übertreten, gegenüber der Polizei zeigt man sich kooperativ. Demgegenüber übertreten linksradikale Akteure mit den Abbruchkanten der Braunkohlereviere, den Bauzäunen des Tesla-Geländes und dem »Durchfließen« von Polizeisperren auch den gesetzlichen Rahmen klar. Blockaden und Besetzungen von Infrastrukturen oder Konferenzen von Kohle-, Gas- und Automobilindustrie oder Finanzinstituten sollen den Betrieb stören und auch ökonomischen Schaden anrichten. In den letzten Jahren wurde zudem Gewalt gegen Sachen durch Sabotage fossiler Infrastruktur angewendet – Gewalt gegen Lebewesen wird jedoch explizit abgelehnt (siehe z.B. CCJ 2022; SiG 2023; EG 2025).

Trotz dieser praktischen Differenzen haben sie einen entscheidenden

4 Zwar wird teils von einem intersektionalen Klimakampf und politischen und ökonomischen Eliten als Antagonist gesprochen. Bei keinem der Akteure findet sich aber eine konsequente Herleitung des emanzipatorischen Subjekts auf Basis von Macht- und Herrschaftsverhältnissen (vgl. KS 2022).

gemeinsamen strategischen Nenner, den wir als Ereignispolitik begreifen. Allgemein handelt es sich bei der Ereignispolitik um eine Form des Protests, mit der das Ziel verfolgt wird, Aufmerksamkeit für ein Problem zu erzeugen und sich dabei insbesondere auf symbolische Macht anstelle von materieller Macht zu stützen.⁵ Folglich soll eine veränderte Wahrnehmung und Bewertung gesellschaftlicher Verhältnisse generiert werden. Hegemonietheoretisch gesprochen, zielt Ereignispolitik also auf die diskursive Ebene, um einen Wandel im gesellschaftlichen Alltagsverständnis herbeizuführen.⁶ Es werden zeitlich begrenzte politische Ereignisse geplant, die »kalkulierte und symbolische Rechtsverstöße« beinhalten (Scherhauer u.a. 2021: 2). Daher geht es weniger um die tatsächliche Umgestaltung des öffentlichen Raums oder die Zerstörung und Transformation von Infrastruktur. Sowohl illegale Blockaden von Infrastrukturen oder Produktionsstätten durch linksradikale Gruppen als auch Massenproteste, Die- oder Sit-Ins und Blockaden durch linksliberale Akteure sind temporäre Aktionen, die mediale

Aufmerksamkeit und Diskursverschiebungen erzielen wollen. Dazu werden die Aktionen für die optimale mediale Darstellung und »breite Medienresonanz« meist von professionalisierter Öffentlichkeitsarbeit begleitet (ebd.: 7).

Die Strategie der Ereignispolitik hat unserer Analyse nach einige fundamentale Schwächen: Erstens wird ihr implizites Ziel, über Medienaufmerksamkeit ihre Inhalte zu vermitteln, unterdessen nur noch begrenzt erreicht. Einerseits ist es statistisch zwar so, dass sich Berichte zum Klimawandel in deutschen Medien »aufgrund bestimmter Ereignisse punktuell häufen« – etwa dann, wenn es zu verstärkten Protesten kommt –, sie »aber insgesamt einen konstant niedrigen Prozentsatz der Gesamtberichterstattung« einnehmen (Marquardt 2023: 17f.). Andererseits müssen die Aktionen in der Regel immer spektakulärer werden, um der Logik der kapitalistischen Medienindustrie mit ihrer kurzen Aufmerksamkeitsspanne und ihrem Sensationshunger zu entsprechen. Das zeigte sich zuletzt bei den Straßenblockaden von LG, die einen vorläufigen Höhepunkt der Ereignispolitik markieren. Zwar war die Klimabewegung durch LG wieder in aller Munde, die Aktionen trafen in der bürgerlichen Gesellschaft aber vor allem auf Ablehnung, es wurde kaum über die ökologische Krise debattiert oder gar aufgeklärt (vgl. Anderegg/Switala 2023). Damit verfehlte sie ihr strategisches Ziel und verkam zum Selbstzweck.

Zweitens verfehlt Ereignispolitik auch dort eine grundsätzliche Verän-

5 Der Begriff der symbolischen Macht ist von Bourdieu inspiriert, der darunter das Vermögen verstand, Bedeutung zu verschieben und Anerkennung zu generieren (vgl. Bourdieu 2007: 265).

6 Ähnliche Politikkonzeptionen gab es in den letzten Jahrzehnten zuhauf. Man denke an die diskursive Auflösung von Politik, wie sie selbst im Angesicht der ökologischen Krise noch immer von Theoretiker*innen der radikalen Demokratietheorie vertreten wird (vgl. Mouffe 2022).

derung, wo sie sich primär abspielt: auf dem diskursiven Terrain. Mit ihr gelingt es nicht, die ideologischen Elemente der imperialen Produktions- und Lebensweise und das Jobs-versus-Environment-Dilemma zu adressieren, geschweige denn zu verändern (Brand/Wissen 2019; Räthzel/Uzzel 2011). Vor allem linksliberale Akteure missachten die gesellschaftlichen Verhältnisse, aus denen Werte, Normen und Lebensstile hervorgehen. Auch linksradikale Akteure vertreten oft eine abstrakte Kapitalismuskritik in puncto der Verhältnisse, die den Kapitalismus konstituieren. Dadurch bleiben relevante Kategorien und deren Bedeutung, etwa Arbeit und Klasse, meist außen vor (vgl. Hürtgen 2023: 105). Die Ereignispolitik bietet auf ideologischem Terrain keine Angebote, die die Einstellungsmuster in den Alltagsverständnissen von Arbeitenden, ihrem Unbehagen, Ehrverlust und ihre verletzte Würde adressieren, um sie mit alternativen Deutungsangeboten progressiv zu wenden. So entwickeln Teile der Unter- und Mittelschicht berechtigterweise das Gefühl, für die ökologische Krise verantwortlich zu sein (vgl. Dörre u.a. 2024: 36ff.; Goes 2024). Statt als relevante Transformationsakteur*innen fühlen sie sich daher eher als Gegner*innen der Klimabewegung (vgl. Räthzel/Uzzel 2019: 156).

Drittens ist Ereignispolitik hyperpolitisch (Jäger 2023): Zwar gelang es den Bewegungen, in kürzester Zeit für bestimmte Ereignisse Massen zu politisieren und zu mobilisieren, jedoch nicht, sie längerfristig zu organisieren

und wirkliche institutionelle Gegenmacht aufzubauen (vgl. ebd.: 116). In den letzten Jahren sind vor allem bei den linksliberalen Akteuren nicht nur die Sendezeiten, sondern auch die Mitglieder- und Teilnehmer*innenzahlen eingebrochen. Zudem rekrutiert sich das Subjekt der Ereignispolitik nicht nur aus einem überdurchschnittlich weißen, urbanen und bildungsaffinen Milieu, sie machen auch vornehmlich Politik für dieses: Sowohl linksradikale als auch -liberale Akteure mobilisieren kaum Arbeiter*innen, weil sie selbstselektiv sind und sich ihre Forderungen und ihre Praxis nicht an sie und teils sogar gegen ihre Arbeitsplätze und Lebensweisen richtet, wie bereits im letzten Punkt ausgeführt (Bell 2021).

Daher verhindert der Fokus auf Ereignispolitik viertens den Aufbau von materiellen Machtressourcen, die Grundlage von Gegenmacht sind. Auch die »antikapitalistische« Praxis linksradikaler Akteure führt zu keiner konsequenten Auseinandersetzung um gesellschaftliche Arbeit und mit den arbeitenden Subjekten (Hürtgen 2023: 105).

Somit kann Ereignispolitik fünftens kaum politischen Handlungsdruck aufrechterhalten und bleibt vom bürgerlich-kapitalistischen Staat abhängig. Empirisch ist es kaum nachweisbar, dass die Politikform dieser Akteure Widerhall in politischen Maßnahmen findet (vgl. Buzogány/Scherhauer 2023: 370). Gewiss haben Massenproteste für eine grün-kapitalistische Klimapolitik gesellschaftlichen Rückenwind erzeugt. Aber da selbst diese Klimapolitik zu-

letzt von dem Aufstieg der Rechten, Austerität und Aufrüstung verdrängt worden ist, zeigt, dass die Akteure, die auf Ereignispolitik setzen, mit ihrer Abhängigkeit von Medien und bürgerlicher Politik kaum in der Hand haben, wohin diese politisch führt. Egal, wie die Akteure zum Staat stehen, sie sind mehr oder weniger darauf angewiesen, dass er Transformationspolitiken umsetzt. Durch das Fehlen materieller Macht sind die Akteure auch vulnerabel gegenüber Vereinnahmungen und Repression. Wenn die Aktionen kalkulierbar werden oder die gesellschaftliche Zustimmung abflaut, ist es für den Staat ein Leichtes, mit Repression zu reagieren. Am schmerzvollsten musste das zuletzt LG erfahren (vgl. Anderegg/Switalla 2023). Zusammenfassend heißt das: Die in den Klimabewegungen dominante Ereignispolitik ist Ausdruck eines *white middle class radicalism* und erweist sich mittel- und langfristig als wirkungsarm, weil sie keine materielle Macht hat (vgl.: Becker/Hofinger 2023; Brand 1995). Mit ihr lässt sich keine Antwort finden auf das Ineinandergreifen ideologischer und materieller Elemente des Kapitalismus.

Ökologische Klassenpolitik: Formen, Potenziale und Probleme

Wenn die kapitalistischen Arbeits- und Lebensweisen die Ursache der Krise sind, dann drängt sich strategisch die Frage auf: Wie kann die Bearbeitung der ökologischen Krise des Kapitalismus zu einer Sache der Arbeiter*innen

werden? Dafür müsste die Klimabewegung einen Labour Turn vollziehen und eine ökologische Klassenpolitik verfolgen (Pye 2017). Im Folgenden werden wir zwei bestimmte Formen ökologischer Klassenpolitik begrifflich fassen und mit gegenwärtigen Fallbeispielen verbinden. Zum Schluss diskutieren wir einige Schwierigkeiten ökologischer Klassenpolitik und skizzieren grob mögliche Auswege.

Arbeit als gesellschaftlicher Stoffwechsel mit der Natur ist Dreh- und Angelpunkt einer ökologischen Klassenpolitik (vgl. Rackwitz 2022a). Einerseits können Arbeiter*innen durch ihre Stellung im Produktionsprozess diesen unterbrechen. Andererseits haben sie potenziell das Wissen und die Fertigkeiten, die für eine sozial-ökologische Transformation, zum Beispiel in Form einer selbstorganierten, demokratischen Konversion, notwendig sind (vgl. Schaupp 2024: 313ff.). Zweitens wird Arbeit nicht nur in der produktiven, sondern auch in der reproduktiven Sphäre geleistet, wo Care- und Subsistenzarbeit die »Reproduktion oder Erhaltung« der Arbeitskraft erst ermöglichen (MEW 23: 185). All ihre Formen sind zudem von patriarchaler und rassistischer Herrschaft durchzogen. Das heißt, ökologische Klassenkämpfe sind immer auch solche um soziale (Re-)Produktion. Drittens ist die Arbeiter*innenklasse nicht nur am Arbeitsplatz zu finden, sondern umfasst auch die Gemeinschaft (oder das Territorium), in denen sich das Leben durch stofflich-soziale Beziehungen reproduziert (vgl.: Feltrin/

Leonardi 2023: 254; Barca 2024: 34). Die Arbeiter*innenklasse bildet sich im mit anderen geteilten Lebensraum, der durch historisch spezifische »Interessen, Wertvorstellungen und Bedürfnisse« überformt ist (Schoppengerd 2023: 62). Die mit der sozialen Positionierung verbundene Interessenlage kann also wichtige Anknüpfungspunkte für ökologische Klassenpolitik bieten.

Durch die Polykrise und den ökologischen Transformationsdruck nehmen gesellschaftliche Konflikte zu. Diese bilden zentrale politische Interventionsfelder ökologischer Klassenpolitik (vgl. Rackwitz 2022b; Kaiser 2020). In der solidarischen Unterstützung von Arbeitskämpfen und in konkreten Projekten mit Arbeitenden und Gewerkschaften liegt die Möglichkeit, persönliche Beziehungen auf- und Ressentiments gegenüber der Klimabewegung abzubauen und so die Grundlage für einen ökologischen Klassenkampf erst zu legen. In gemeinsamen Kampagnen lassen sich Existenzängste adressieren und eine sozial-ökologische Transformation diskutieren (vgl. Liebig/Lucht 2022: 89). Entscheidend ist, dass durch ökologische Klassenpolitiken einerseits materielle Macht aufgebaut werden kann, indem man als Klimabewegung Arbeiter*innenkämpfe solidarisch unterstützt, mitorganisiert und gemeinsame Kampagnen aufzieht. Andererseits legt diese Auseinandersetzung erst die Grundlage dafür, den ideologischen Kitt der imperialen Lebensweise zu bearbeiten und das Jobs-versus-Environment-Dilemma anzugehen (Brand/Wissen 2017). Erst die Ver-

bindung von diskursiver mit materieller Politik ermöglicht es nachhaltig, dass größere Teile der Arbeiter*innenklasse die Bedrohung von Lebensgrundlagen weniger in ökologischen Maßnahmen, sondern in der kapitalistisch erzeugten ökologischen Krise sehen (vgl. Rätzhel/Uzzell 2019: 156).

Aus unserer Sicht lassen sich zwei Formen ökologischer Klassenpolitik unterscheiden: sozial-ökologische Allianzen und ein *working-class environmentalism* (Barca 2012). Bei ersterem handelt es sich um ein strategisches Bündnis zwischen Akteuren mit unterschiedlichen Interessen, etwa der Klimabewegung und den Gewerkschaften, zur gegenseitigen Erweiterung der Machtressourcen (vgl.: Urban 2018: 347; Liebig/Lucht 2022). Im Vergleich zu rein ökonomischen Arbeitskämpfen wie Tarifstreiks haben sozial-ökologische Allianzen einen politisch-expansiven Charakter (vgl. Gallas 2023: 258). Das heißt, dass sich wirtschaftliche Konflikte durch die Bündnisse zu politisch-ökologischen Konflikten über die Sozial-, Umwelt- und Industriepolitik entwickeln. Durch die Bildung der Allianz kann die kapitalistisch funktionale »Trennung zwischen Ökonomie, Politik und Kultur« partiell aufgehoben werden (ebd.: 259). Mittels gemeinsamer Anlässe, Forderungen oder Kampagnen können einerseits in Bezug auf die Arbeitsverhältnisse konkrete Verbesserungen erkämpft werden. Seltener gelingt es auch, ökologische Forderungen gegen die Unternehmen oder den Staat durchzusetzen (Wissen/

Brand 2019). In den Kämpfen zeigt sich andererseits, dass die für den Klassenbildungsprozess nötigen Bedingungen begünstigt werden (vgl. Gallas 2023: 260). So entsteht ein Bewusstsein für den Zusammenhang ökologischer und sozialer Fragen, das aber oft nur gegen einzelne Unternehmen oder in Sektoren durchgesetzt wird.

Empirisch ist die ökologische Klassenpolitik in Form sozial-ökologischer Allianzen deutlich häufiger. Die wohl bekanntesten Beispiele sind #Wurfahrenzusammen in Deutschland und #Wurfahrengemeinsam in Österreich, die sich auf den öffentlichen Verkehr beziehen (Lucht/Liebig 2023; Kaiser 2020). Auch in der Schweiz gibt es seit Herbst 2024 rund um angekündigte Entlassungen und drohende Schließungen der Stahlwerke in Gerlafingen und Emmenbrücke eine sozial-ökologische Allianz zwischen dem KS, der Gewerkschaft UNIA und Arbeiter*innen (Workzeitung 2024). Die offizielle Kampagne der UNIA mit dem KS – letztere thematisierte die Wichtigkeit lokaler, nachhaltiger Stahlproduktion und sozial-ökologischer Industriepolitik für die Energiewende sowie Vergesellschaftung – führte zu beträchtlicher medialer Aufmerksamkeit und einer primär diskursiven Verbindung der sozialen und ökologischen Frage. Das trug dazu bei, dass man die Schließung der letzten beiden schweizerischen Stahlwerke im Nationalrat behandelte, staatliche Unterstützung zusicherte und die drohenden Entlassungen im Stahlwerk Gerlafingen zurückgenommen wurden

(WOZ 2024). Der Kampf um die Zukunft der Arbeiter*innen im Stahlwerk in Emmenbrücke geht weiter. Bemerkenswert ist, dass in der Schweiz im letzten Jahr wohl auch durch die Kämpfe um die Stahlwerke ein »zartes Pflänzchen ökologischer Klassenpolitik« gewachsen ist (Kaiser 2020: 267).⁷

Die zweite Ausprägung ökologischer Klassenpolitik ist der *working-class environmentalism* (WCE). Im Gegensatz zu sozial-ökologischen Allianzen handelt es sich nicht nur um eine temporäre Verbindung von unterschiedlichen Zielen und Kämpfen zur Maximierung von Einfluss. Bei Kämpfen des WCE besteht ein organischer Zusammenhang zwischen Erwerbsarbeit, reproduktiver Arbeit und Ökologie (vgl.: Barca 2012; Feltrin/Leonardi 2023). Die Beteiligten haben ein Bewusstsein für »die untrennbare Verbindung zwischen gesellschaftlicher Reproduktion, menschlicher Gesundheit und einer intakten Umwelt« herausgebildet, wodurch der Kampf um die gesellschaftliche Organisation der Arbeit zum zentralen Ansatzpunkt gegen die Zerstörung von Lebensgrundla-

⁷ Die Ausrichtung auf ökologische Klassenpolitiken hat sowohl beim KS, der Bewegung für den Sozialismus und im Revolutionären Aufbau zugenommen. Das zeigt sich nicht nur beim Kampf um die Stahlwerke, sondern auch bei Versuchen, im Zusammenhang mit dem Landesmantelvertrag für das schweizerische Baugewerbe eine ökologische Klassenpolitik zu etablieren. Ebenso hat sich der Austausch mit Kämpfen von #Wurfahrenzusammen und GKN verstärkt, zum Beispiel am Anderen Davos 2025 (sozialismus.ch 2024).

gen und für soziale Emanzipation wird (vgl. Wissen/Brand 2019: 45). In solchen Kämpfen manifestiert sich ein Selbstverständnis der Arbeitenden, das Arbeit über Lohnarbeit hinaus als »sozial-ökologisch fürsorgliche Praxis« versteht (Schoppengerd 2023: 355). Es betrifft die Interessen, Wertvorstellungen und Bedürfnisse und kann die Sicherheit der Arbeitsumgebung und der Umwelt ihrer Communities umfassen (vgl.: Feltrin/Leonardi 2023: 254; Schoppengerd 2023: 353; Barca 2012: 62). Entsprechend drehen sich solche Kämpfe um Vergesellschaftung und Konversion mit dem Ziel einer radikaldemokratisch organisierten Bedürfnisbefriedigung (vgl. Wissen 2020).

In derartigen Kämpfen agieren die Arbeiter*innen »nicht nur als Belegschaft oder als Klassenfraktion«, sondern als »imaginierte Arbeiter*innenklasse insgesamt« (Gallas 2023: 258). Die Kämpfe überschreiten einzelne Branchen und Sektoren und suchen die Auseinandersetzung mit dem Kapital und auf dem Terrain des bürgerlich-kapitalistischen Staates (Anderegg u.a. 2024). Ihre Kritik konfrontiert wesentliche Verhältnisse der bestehenden hegemonialen Ordnung, weshalb wir von ökologischen Klassenkämpfen sprechen. Solchen Klassenkämpfen, die die gesamte gesellschaftliche Reproduktion und auch die Naturbeziehung betreffen, ist das Potenzial inhärent, das Jobs-versus-Environment-Dilemma aufzulösen.⁸ Das gegenwärtig berühmteste Beispiel eines WCE in Europa ist jenes des »Collettivo di Fabbrica«

in Campi Bisenzio bei Florenz, das seit 2021 gegen die Schließung eines Automobilzulieferwerks und für seine Konversion kämpft (Kaiser 2023; Anderegg u.a. 2024). Am Kampf des Fabrikkollektivs wird die Notwendigkeit eines weiten Arbeitsbegriffs besonders deutlich: Dessen ökologischer Klassenkampf geht weit über die Sphäre der Produktion hinaus und wird in der ganzen Region, in der Sphäre der unproduktiven Arbeit und der Politik geführt. Durch eine systematische Solidaritätsarbeit, solidarische Katastrophenhilfe und Bündnispolitik unter anderem mit der Klimabewegung sowie durch die Unterstützung linker Lokalpolitiker*innen und von Gewerkschaften ist es dem Fabrikkollektiv gelungen, eine große Verankerung in der Region zu erreichen sowie Arbeiter*innen weit über Werk und Produktionssphäre hinaus zu mobilisieren und zu vereinen (Kaiser 2023; Anderegg u.a. 2024).

Die Strategie der ökologischen Klassenpolitik ist aber auch mit einigen Schwierigkeiten konfrontiert, die wir abschließend thematisieren wollen. Erstens findet der Labour Turn in der Klimabewegung wie auch in der radikalen Linken nach wie vor wenig Unterstüt-

⁸ Wenn in Arbeitskämpfen die Verbindung der Produktion mit der Sorge und Infrastrukturversorgung durch Projekte wie einer demokratischen und ökologischen Konversion praktisch gezogen wird, haben Arbeiter*innen eine Perspektive jenseits kapitalistischer Verwertung, was Beharrungskräfte und Ängste sowie die Vulnerabilität für den Verlust von Arbeitsplätzen auflöst (Dietz/Wissen 2022: 57).

zung (Klima & Klasse 2024). Denn ökologische Klassenpolitik ist im Gegensatz zu Ereignispolitik oder revolutionärer Militanz mühsam, weniger aufregend und daher unattraktiv. Auch bestehen Berührungsängste mit Arbeiter*innen; Kämpfe auf dem Terrain des Staates und in Gewerkschaften werden aus ideologischen Gründen von revolutionären ökologischen Akteuren zu oft ausgeschlossen. Ökosozialistische Kräfte sollten darauf mit Bildungsarbeit reagieren und aufzeigen, dass der Eskalation der ökologischen Krise und dem Aufstieg der extremen Rechten nur mit antifaschistischer Klassenpolitik etwas entgegengesetzt werden kann. Durch Zusammenarbeit in konkreten Arbeitskämpfen mit Durchsetzungsperspektive können Beharrungskräfte abgebaut und Potenziale von sozial-ökologischen Kämpfen aufgezeigt werden (vgl. Kaiser 2020: 268).

Zweitens erlauben Gewerkschaften als »massenintegrative Apparate« in sozial-ökologischen Allianzen zwar das essenzielle kollektive Handeln entlang von Klassenlinien, dennoch sind sie Teil des sozialpartnerschaftlichen Korporatismus (vgl. Hirsch 2005: 36). Die Gewerkschaftsführungen, das zeigt auch das Agieren der Metallgewerkschaft Federazione Impiegati Operai Metallurgici (FIOM) im Falle des Fabrikkollektivs ex-GKN, haben kein Interesse an ökologischen Klassenkämpfen, die Staat und Kapital herausfordern (vgl.: Anderegge u.a. 2025; Urban 2024). Gleiches gilt auch für Allianzen wie #Wurfahrenzusammen und #Wurfahrengemeinsam, die sich zusehends mehr in

eine Streiksolidarität entwickelt haben, wobei die gesellschaftlich-ökologische Dimension ins Hintertreffen geriet (Klima & Klasse 2024). Um einen Climate Turn der Gewerkschaften voranzutreiben, braucht es dringend eine Mobilisierung der Basis und verstärkt gemeinsame, antikapitalistische Bildungsarbeit (Kaiser 2020: 274). So setzt die ökosozialistische Gruppe Klima & Klasse Jena mit dem Projekt »WFG goes Industry« vermehrt auf Bildungsarbeit mit Arbeiter*innen (Klima & Klasse 2024).

Drittens zeigen auch die ökologischen Klassenkämpfe der jüngeren Zeit, wie jener des Fabrikkollektivs ex-GKN, dass einzelne »Konversions-Inseln« mitten in kapitalistischen Verhältnissen dem Konkurrenzkampf und der Zwickmühle zwischen Marktabschottung und -integration ausgesetzt sind (vgl. Kaiser 2023). Um diesen Schwierigkeiten zu begegnen, wäre es für ökologische Bewegungen wichtig, über einzelne Kämpfe, Organisationen und Regionen hinaus einen »ganzheitlich, verbindende Ansatz« zu formulieren (Rackwitz 2022b). Dafür müssen die Kämpfe in unterschiedlichen Sektoren verbunden und »eine zuspitzende und ausstrahlende ökosozialistische Öffentlichkeitsarbeit und Forderungspolitik« vorangetrieben werden (Goes 2024). Gerade im Zusammenhang mit dem Aufstieg der Rechten und den seit Jahren durchgedrückten Austeritätspolitiken zulasten der Subalternen könnte dies durch ein Narrativ eines »ökosozialistischen und antifaschistischen Populismus« fruchtbar sein (Rackwitz 2022b).

Literatur

- Anderegg, Caesar / Switala, Leon (2023): Halberherzige Solidarität (20.6.2023). In: *analyse & kritik* 694. URL: <https://www.akweb.de>, Zugriff: 16.2.2025.
- Anderegg, Caesar u.a. (2024): Das Fabrikkollektiv ex-GKN am Scheideweg. In: *LuXemburg*. URL: <https://zeitschrift-luxemburg.de>, Zugriff: 17.2.2025.
- Anderegg, Caesar / Frömel, Moritz / Switala, Leon (2025, im Erscheinen): Grenzen und Potenziale der Konversionsbewegung rund um das »Collettivo di Fabbrica« als gegenhegemoniales Projekt.
- Barca, Stefania (2012): On working-class environmentalism: a historical and transnational overview. In: *Interface* 4(2): 61-80.
- (2024): *Workers of the Earth: Labour, Ecology and Reproduction in the Age of Climate Change*. London.
- Becker, Maximilian / Hofinger, Daniel (2022): System Change, Not Climate Change: Die Klimagerechtigkeitsbewegung in Deutschland 2008–2020. In: Bruschi, Valeria / Zeiler, Moritz (Hg.): *Das Klima des Kapitals: Gesellschaftliche Naturverhältnisse und Ökonomiekritik*. Berlin: 278–293.
- Bell, Karen (2021): Working-class people, Extinction Rebellion and the environmental movements of the Global North. In: Dies. (Hg.): *Diversity and Inclusion in Environmentalism*. London: 63–81. DOI: <https://doi.org/10.4324/9781003099185-5>.
- Bourdieu, Pierre (2007): Politisches Feld und symbolische Macht. Gespräch mit Effi Böhlke. In: Böhlke, Effi / Rilling, Rainer (Hg.): *Bourdieu und die Linke. Politik – Ökonomie – Kultur*. Berlin: 263–270.
- Brand, Karl-Werner (1995): *Zyklen des »middle class radicalism«*. Eine internationale und historisch vergleichende Untersuchung der »neuen sozialen Bewegungen«. Unveröffentlichte Habilitationsschrift. München.
- Brand, Ulrich / Wissen, Markus (2017): *Imperiale Lebensweise: Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus*. München. DOI: <https://doi.org/10.14512/9783960061908>.
- (2024): *Kapitalismus am Limit. Öko-imperiale Spannungen, umkämpfte Krisenpolitik und solidarische Perspektiven*. München.
- Buzogány, Aron / Scherhauer, Patrick (2023): *The New Climate Movement: Organization, Strategy, and Consequences*. In: Jörgens, Helge u.a. (Hg.): *Routledge Handbook of Environmental Policy*, London, 358–380. DOI: <https://doi.org/10.4324/9781003043843>.
- CCJ (Collective Climate Justice) (2022): Selbstverständnis. URL: <https://www.climate-justice.ch>, Zugriff: 14.3.2025.
- Celikates, Robin (2022). System Change, Not Climate Change? Ziviler Ungehorsam im Zeichen der Klimakatastrophe. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 72(21/22): 9–14.
- Dietz, Kristina / Wissen, Markus (2022): Marxistische Politische Ökologie. In: Gottschlich, Daniela u.a. (Hg.): *Handbuch Politische Ökologie. Theorien, Konflikte, Begriffe, Methoden*. Bielefeld: 51–61. DOI: <https://doi.org/10.1515/9783839456279-004>.
- Disrupt (2025): Wer sind wir? URL: <https://disrupt-now.org>, Zugriff: 16.2.2025.
- Dörre, Klaus u.a. (2024): *Klasse gegen Klima? Transformationskonflikte in der Autoindustrie*. In: *Berliner Journal für Soziologie* 34(1): 9–46. DOI: <https://doi.org/10.1007/s11609-023-00514-z>.
- EG (Ende Gelände) (2022): Aktionskonsens. URL: <https://www.ende-gelaende.org>, Zugriff: 22.3.2025.
- Feltrin, Leonardo / Leonardi, Emanuele (2023): Working-class environmentalism and climate justice. In: *The challenge of the global ecological crisis for world politics* 49: 247–260. DOI: <https://doi.org/10.23906/ri2023.sia05>.
- FFF AUT (Fridays for Future Österreich) (2025): Forderungen. URL: <https://fridaysforfuture.at>, Zugriff: 14.3.2025.
- FFF DE (Fridays for Future Deutschland) (2025): Wir haben ein Recht auf Zukunft. Die Regierung muss es schützen. URL: <https://fridaysforfuture.de>, Zugriff: 14.3.2025.
- Gallas, Alexander (2023): Streiks verlassen die Fabrik: Klassenbildungsprozesse im Dienstleistungs- und Staatssektor aus globaler Perspektive. In: Seeliger, Martin (Hg.): *Strukturwandel der Arbeitsgesellschaft*, Weinheim: 253–280.

- Goes, Thomas E. (2024): Hat der Ökosozialismus eine Basis? Eine Tiefenbohrung im politischen Bewusstsein von Arbeiter*innen. In: LuXemburg. URL: <https://zeitschrift-luxemburg.de>, Zugriff: 11.1.2024.
- Hirsch, Joachim (2005): Materialistische Staatstheorie. Transformationsprozesse des kapitalistischen Staatensystems. Hamburg.
- Hürtgen, Stefanie (2023): Ökologie als Klassenkampf? Arbeit, Subjekt und Politiken der Erschöpfung. In: Bruschi, Valeria / Zeiler, Moritz (Hg.): Das Klima des Kapitals: Gesellschaftliche Naturverhältnisse und Ökonomiekritik. Berlin: 93-107.
- Jäger, Anton (2023): Hyperpolitik: Extreme Politisierung ohne politische Folgen. Berlin.
- Kaiser, Julia (2022): #Wir fahren zusammen. Die Allianz von Fridays for Future und ver.di im Bereich Nahverkehr als Beispiel ökologischer Klassenpolitik. In: Dörre, Klaus u.a. (Hg.): Abschied von Kohle und Auto? Sozial-ökologische Transformationskonflikte um Energie und Mobilität. Frankfurt/M./New York: 269-286.
- (2023): Rückkehr der Konversionsbewegung? Potenziale und Grenzen der Konversionsbestrebungen sozial-ökologischer Bündnisse rund um Autozuliefererwerke. In: PROKLA 210 53(1): 35-53. DOI: <https://doi.org/10.32387/prokla.v53i210.2031>.
- KS (Klimastreik Schweiz) (2022): Praktische Intersektionalität. URL: <https://clima-testrike.ch>, Zugriff: 13.3.2025.
- (2025): Forderungen. URL: <https://clima-testrike.ch>, Zugriff: 13.3.2025.
- Klima & Klasse (2024): Vom Busbahnhof in die Fabrik. Von der Streik-Solidarität zum Mobilitätsbündnis – ein Debattenaufschlag. URL: <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/wir-fahren-zusammen/>, Zugriff: 11.12.2024.
- Liebig, Steffen / Lucht, Kim (2022): Fahren wir zusammen? Die ökosoziale Allianz von ver.di und Fridays for Future im ÖPNV. Hamburg.
- Lucht, Kim / Liebig, Steffen (2023): Sozial-ökologische Bündnisse als Antwort auf Transformationskonflikte? Die Kampagne von ver.di und Fridays for Future im ÖPNV. In: PROKLA 210 53(1): 15-33. DOI: <https://doi.org/10.32387/prokla.v53i210.2037>.
- Malm, Andreas / Hornborg, Alf (2014): The geology of mankind? A critique of the Anthropocene narrative. In: The Anthropocene Review 1(1): 62-69. DOI: <https://doi.org/10.1177/2053019613516291>.
- Marquardt, Hanna (2023): Klimajournalismus: Der Umgang mit dem Thema Klimawandel in deutschen Redaktionen. München/Eichstätt.
- MEW – Marx, Karl / Engels, Friedrich: Marx-Engels-Werke. Berlin 1956ff.
- Moor, Joost de u.a. (2021) New kids on the block: taking stock of the recent cycle of climate activism. In: Social Movement Studies 20(5): 619-625. DOI: <https://doi.org/10.1080/14742837.2020.1836617>.
- Mouffe, Chantal (2022): Towards a Green Democratic Revolution. Left Populism and the Power of Affects. London/New York.
- Pye, Oliver (2017). Für einen labour turn in der Umweltbewegung: Umkämpfte Naturverhältnisse und Strategien sozial-ökologischer Transformation. In: PROKLA 189 47(4): 517-534. DOI: <https://doi.org/10.32387/prokla.v47i189.54>.
- Rackwitz, Hans (2022a): Der ökologische Gesellschaftskonflikt als Klassenfrage. In: Graf, Jakob / Lucht, Kim / Lütten, John (Hg.): Die Wiederkehr der Klassen. Theorien, Analysen, Kontroversen. Frankfurt/M.: 91-120.
- (2022b): Die Zeichen stehen auf Sturm. In: LuXemburg. URL: <https://zeitschrift-luxemburg.de>, Zugriff: 24.12.2024.
- Räthzel, Nora / Uzzell, David (2011): Trade Unions and Climate Change: The Jobs versus Environment Dilemma. In: Global Environmental Change 21(4): 1215-1223. DOI: <https://doi.org/10.1016/j.gloenvcha.2011.07.010>.
- (2019): The Future of Work defines the Future of Humanity and all Living Species. In: Journal of Labour Research 9(1/2): 145-171.
- Sander, Henrik (2016): Die Bewegung für Klimagerechtigkeit und Energiedemokratie in Deutschland. Eine historisch-materialistische Bewegungsanalyse. In: PROKLA 184 46(3): 403-421. DOI: <https://doi.org/10.32387/prokla.v46i184.122>.
- (2017): Ende Gelände: Anti-Kohle-Proteste in Deutschland. In: Forschungsjournal

- Soziale Bewegungen 30(1): 26-36. DOI: <https://doi.org/10.1515/fjsb-2017-0004>.
- SiG (Sand im Getriebe) (2023): Aktionskonsens. URL: <https://sand-im-getriebe.mobi>, Zugriff: 14.3.2025.
- Schaupp, Simon (2024): Stoffwechsellpolitik: Arbeit, Natur und die Zukunft des Planeten. Berlin.
- Scherhauer, Patrick u.a. (2021): Between illegal protests and legitimate resistance. Civil disobedience against energy infrastructures. In: Utilities Policy 72: 1-9. DOI: <https://doi.org/10.1016/j.jup.2021.101249>.
- Schoppengerd, Stefan (2023): Arbeit und sozial-ökologische Transformation: Eine kritische Rekonstruktion der Environmental Labour Studies. In: PROKLA 211 53(2): 343-360. DOI: <https://doi.org/10.32387/prokla.v53i211.2058>.
- Semsrott, Arne (2019): Rohdaten statt Propaganda. In: Extinction Rebellion (2019): Wann wenn nicht wir*: ein Extinction Rebellion Handbuch. Frankfurt/M.: 101-106
- Sozialismus.ch (2024): Das Andere Davos 2025. URL: <https://sozialismus.ch>, Zugriff: 18.3.2025.
- Urban, Hans-Jürgen (2018): Ökologie der Arbeit. Ein offenes Feld gewerkschaftlicher Politik? In: Schröder, Lothar / Urban, Hans-Jürgen (Hg.): Gute Arbeit. Ökologie der Arbeit. Impulse für einen nachhaltigen Umbau. Frankfurt/M.: 329-349.
- (2024): Das Ende eines Erfolgsmodells. Der fossile Wohlfahrtsstaatskapitalismus und die Gewerkschaften. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 3: 94-103.
- Wissen, Markus (2020): Klimakrise und Klassenkampf: Zum Verhältnis von ökologischen und sozialen Konflikten. In: PROKLA 200 50(3): 441-464. DOI: <https://doi.org/10.32387/prokla.v50i200.1900>.
- / Brand, Ulrich (2019): Working-class environmentalism und sozial-ökologische Transformation. Widersprüche der imperialen Lebensweise. WSI-Mitteilungen 72(1): 39-47. DOI: <https://doi.org/10.5771/0342-300X-2019-1-39>.
- Workzeitung (2024): Grosse Kundgebung vor dem Stahlwerk. Wir alle sind Stahl Gerlafingen« (11.11.2024). URL: <https://www.workzeitung.ch>, Zugriff: 15.2.2025.

Zu links für dich



Mit **nd**DIGITAL bekommst du genossenschaftlich produzierten Journalismus auf das Gerät deiner Wahl: zu jeder Zeit, von überall, in deiner Hand.

dasnd.de/digitallesen

nd  **DEINE ZEITUNG**

